

Presseinformation

Banken-Arbeitgeber: Lohnzurückhaltung ist das Gebot der Stunde

Ulrich Sieber: „Wir müssen realistisch sein, die Krise ist noch nicht vorbei“ – AGV Banken: Gesundheitsschutz und Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen sind Sache der Betriebe

Berlin, 2. Februar 2010. Die Banken-Arbeitgeber sehen für die anstehende Tarifrunde (Beginn: 19. April) nur geringen Verteilungsspielraum. Deshalb sei Lohnzurückhaltung das Gebot der Stunde. „Die Mitarbeiter der Banken haben ein schwieriges Jahr hinter sich. Aber wir müssen realistisch sein: Die Krise ist noch nicht vorbei, und wir müssen alles tun, um Arbeitsplätze langfristig zu sichern“, sagte Banken-Verhandlungsführer Ulrich Sieber. Die Ertragslage der Banken sei 2008 und 2009 stark belastet worden. Für 2010 sei insbesondere im Privat- und Firmenkundengeschäft, in dem die weitaus meisten Tarifbeschäftigten arbeiten, noch keine nachhaltige Verbesserung zu erwarten. Das gelte es bei den anstehenden Gesprächen zu berücksichtigen.

Die Forderung von Verdi nach einem erweiterten Kündigungsschutz lehnen die Bankarbeitgeber unverändert ab. Mit Verdi sei vielmehr vereinbart, über eine Fortentwicklung des Rationalisierungsschutzabkommens zu sprechen, das Verdi zum Jahresende 2008 gekündigt hatte. Ein Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bei Rationalisierung gehöre jedoch nicht in den Tarifvertrag.

Zur Verdi-Forderung nach Tarifregelungen zur Begrenzung des Leistungsdrucks und zum Gesundheitsschutz sagte Ulrich Sieber: „Banken leben von der Motivation und der Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeiter. Wir gehören deshalb seit vielen Jahren nachweislich zu den Vorreitern im Gesundheitsschutz.“ Dabei werde schon seit Jahren und zu Recht großes Augenmerk auf Stressprävention und den Umgang mit Belastungen am Arbeitsplatz gelegt. Dass es in Banken Ziele gebe, sei nichts Neues und entspreche der Praxis auch in allen anderen Branchen. „Viele Häuser messen die Zielerreichung nicht nur am wirtschaftlichen Jahresertrag, sondern beziehen auch langfristige Aspekte wie beispielsweise die Kundenentwicklung mit ein. Das

ist ausdrücklich zu begrüßen“, sagte Ulrich Sieber. Im Gesundheitsschutz wie beim Führungsverhalten seien aber Regelungen nötig, die auf die jeweiligen betrieblichen Anforderungen abgestimmt seien. Der Flächentarif sei dafür die falsche Regelungsebene.

Presseinformation

Berlin,
2. Februar 2010
Seite 2

Dem AGV Banken gehören rund 140 Institute (Großbanken, Regionalbanken, Pfandbriefbanken, Spezialbanken, Privatbankiers und Bausparkassen) mit 160.000 Beschäftigten an. Der Arbeitgeberverband vertritt die sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder, schließt als Tarifträger auf Bundesebene Tarifverträge mit den Gewerkschaften ab, informiert und berät die Mitgliedsinstitute und vertritt sie vor Arbeits- und Sozialgerichten in Grundsatzfragen. Darüber hinaus nimmt er die sozialpolitischen Belange des privaten Bankengewerbes gegenüber Regierungs- und Verwaltungsstellen wahr. Der AGV Banken unterstützt seine Mitglieder in der beruflichen Aus- und Weiterbildung und berät die zuständigen Ministerien bei der Entwicklung von einschlägigen Gesetzen und Ausbildungsordnungen. Vorsitzender des AGV Banken ist Ulrich Sieber, Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG.

Pressekontakt: Carsten Rogge-Strang
carsten.rogge-strang@agvbanken.de
Tel. (030) 5 90 01 12-74.